

Urban Mangold, Bezirksrat (ÖDP)

## **Rede zum Haushalt 2022 des Bezirks Niederbayern**

Sitzung des Bezirkstages am 16.12.2021 in Ergolding

Komprimierte Zusammenfassung:

„200.000 Euro für mehr Tierschutz und zeitgemäße Haltungsbedingungen im Löwen-Gehege des Straubinger Tiergartens habe ich beantragt. Denn ich finde, der Tierschutz geht auch den Bezirk etwas an. Die Mehrheit hat dies mit dem Argument abgelehnt, dies sei den Umlagezahlern nicht vermittelbar. Gleichzeitig sind Planungsmittel eingestellt, die wahrscheinlich auf einen sehr kostspieligen Verwaltungsneubau hinauslaufen. Das passt einfach nicht zusammen. Deshalb bekommt nur der Verwaltungshaushalt meine Zustimmung. Den Vermögenshaushalt lehne ich ab“.

Vollständige Rede:

„Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
dem Verwaltungshaushalt 2022 stimme ich zu, dem Vermögenshaushalt jedoch nicht.

Traditionell ist die Haushaltsdebatte nicht nur eine Bewertung des Zahlenwerks, sondern auch des politischen Geschehens während des ablaufenden Jahres. Und da habe ich doch einige kritische Anmerkungen:

1.

Die Mehrheit des Bezirkstages war leider nicht bereit, im kommenden Jahr die Finanzierungslücke für den Neubau eines zeitgemäßen Löwengeheges im Straubinger Tiergarten zu übernehmen. Mit 200.000 Euro hätten wir dazu beitragen können, dass die Löwen, die nun schon mal da sind, mehr Freiraum und bessere Haltungsbedingungen vorfinden. Der Tierschutz geht auch den Bezirk etwas an. Deshalb finde ich das Nein der Bezirkstagsmehrheit irritierend. Zwischenzeitlich hat Mitte November der Spatenstich für den Gehege-Neubau stattgefunden. Die Finanzierungslücke ist durch private Spenden kleiner geworden, aber sie besteht nach wie vor.

2.

Mit meinem Nein zum Vermögenshaushalt sage ich klar, dass ich dem kostspieligen Neubau eines Verwaltungsgebäudes nicht zustimme.

Das habe ich auch bei der letzten Debatte hierüber vor acht Jahren erklärt, als es noch um Baukosten von 13 Millionen Euro ging. Bei den derzeit galoppierenden Baupreisen muss inzwischen mit einer Kostenexplosion gerechnet werden. Das könnte dazu beitragen, dass der Umlagesatz erhöht werden muss, was den Landkreisen und kreisfreien Städten als Umlagezahlern nicht mehr zugemutet werden kann, derzeit schon gleich gar nicht.

Bevor Planungsmittel in den Haushalt kommen, muss erst einmal gründlich geprüft werden, ...

- in welchem Umfang der Raumbedarf durch Homeoffice gesenkt werden kann.
- in welchem Umfang Büroarbeitsplätze geteilt werden können (Desksharing)
- welche bereits genutzte Bestandsimmobilien in Landshut, die nicht in unserem Eigentum sind, zu welchen Bedingungen weiter langfristig genutzt und angemietet werden können.
- In welchem Umfang weitere Behördenarbeitsplätze in Landkreise verlagert werden können, in denen qualifiziertes Verwaltungspersonal noch einfacher zu gewinnen ist als in der boomenden Region Landshut. Und wenn Verlagerungen möglich sind, sollte der Bezirk als langfristiger Mieter von Bestandsimmobilien in den Ortskernen auftreten, eventuell an Standorten, die bei der letzten Verlagerung zwar in der engeren Wahl waren, aber leer ausgegangen sind.

Es ist zu befürchten, dass eine vorschnelle Einstellung von Planungsmitteln in Höhe von 250.000 Euro der Kreativität und Bereitschaft, hierüber nachzudenken, nicht dienlich ist. Denn wozu sollte man Planungsmittel in dieser beträchtlichen Höhe brauchen, wenn nicht für Neubau (als Eigentümer).

Bei der Haushaltsdebatte im Passauer Stadtrat haben sich insbesondere Vertreter der SPD und der Grünen kritisch über die Höhe der Bezirksumlage geäußert. Ich habe zugesagt, bei der Haushaltsdebatte des Bezirks keiner Weichenstellung zuzustimmen, die ohne zwingenden Grund zu einer künftigen Erhöhung der Bezirksumlage beitragen könnte.

Einmalig 200.000 Euro für Tierschutz im Straubinger Tiergarten mit dem Argument abzulehnen, dies sei den Umlagezahlern nicht vermittelbar und gleichzeitig Planungsmittel für ein Millionenprojekt Verwaltungsneubau einzustellen, das passt einfach nicht zusammen.

Deshalb beantrage ich getrennte Abstimmung des Vermögenshaushalts.